



**Gewerkschaft der Polizei**

Mitglied der European Confederation  
of Police (EUROCOP),

**Landesbezirk Sachsen-Anhalt**

GdP, Halberstädter Str. 120, 39112 Magdeburg

MdB Frau Ulla Jelbke  
Innenpolitische Sprecherin Fraktion Die Linke  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[ulla.jelpke@bundestag.de](mailto:ulla.jelpke@bundestag.de)

Halberstädter Str. 120, 39112 Magdeburg  
Telefon: 03 91 / 611 60 10  
Telefax: 03 91 / 611 60 11  
E-Mail: [lsa@gdp-online.de](mailto:lsa@gdp-online.de)  
[www.gdp-sachsen-anhalt.de](http://www.gdp-sachsen-anhalt.de)  
Konto: SEB Bank Magdeburg  
Nr. 135 033 80 00 (BLZ 810 101 11)

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

unser Zeichen

Datum

**Offener Brief**

11.01.2012

Sehr geehrte Frau Jelbke,

mit Entsetzen und völligem Unverständnis haben wir Ihre Pressemitteilung vom 09.01.2012 zur Kenntnis genommen, in dem Sie von einem „rassistischem Sumpf“ bei der Dessauer Polizei sprechen.

Wir, die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Sachsen-Anhalt fordern Sie hiermit auf, Ihre verbale Entgleisung, die nicht nur jeglicher Grundlage entbehrt, sondern auch verleumderischen Charakter hat, öffentlich zurückzunehmen.

In dem Sondervotum der Mitglieder des Zehnten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses<sup>1</sup> der Fraktion DIE LINKE vom 26.1.2010 heißt es u.a.:

*„Zugleich hat der Zehnte Parlamentarische Untersuchungsausschuss eindeutig belegt, dass jeglicher Generalverdacht und Pauschalurteilungen gegenüber der Polizei von Sachsen-Anhalt - „auf dem rechten Auge blind zu sein“ - in keiner Weise berechtigt waren und sind, aber auch seitens der Mitglieder der Fraktion DIE LINKE des Zehnten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ausdrücklich zu keinem Zeitpunkt je bestanden haben.*

*So wird an dieser Stelle explizit eingeschätzt, dass die Mehrheit der PolizeibeamtInnen Sachsen-Anhalts stets hoch engagiert und sensibilisiert rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Aktivitäten und Handlungen entgegentraten, und es ist davon auszugehen, dass sie diesen Vorgängen auch künftig mit hoher Einsatzbereitschaft entgegentreten werden.“*

Sehr geehrte Frau Jelbke,

Sie sollten sich diesem Votum anschließen und sich nicht an der allgemeinen Stimmungsmache gegenüber der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt beteiligen.

Im Übrigen werden wir diesen offenen Brief unseren Mitgliedern der GdP Sachsen-Anhalt zur Kenntnis geben.

Außerdem werden wir der Fraktion Die Linke im Landtag von Sachsen-Anhalt eine Kopie zukommen lassen.

Uwe Petermann  
Landesvorsitzender der GdP

<sup>1</sup> Beschluss des Landtages Sachsen-Anhalt - **Drs. 5/25/849 B**